

Rede von Bürgermeister Lambert Lütkenhorst anlässlich der Einbringung des
Haushaltssanierungsplans im Rahmen des Stärkungspakt Stadtfinanzen am
15. Mai 2012 in den Rat der Stadt Dorsten
-es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht,
ob Sie den 25. Januar 2012 noch in Erinnerung haben.
Die Weihnachtszeit war vergangen,
die Vorfreude auf das neue Jahr ebenfalls.

Wir alle hatten mit unserer Arbeit im Rat der Stadt
und in der Verwaltung begonnen
und optimistisch auf dieses neue Jahr 2012 geschaut.
An diesem Tag, am 25. Januar,
haben der Kämmerer und ich den Haushalt 2012 eingebracht.

Schon damals war klar, dass wir einen Haushalt einbringen,
von dem wir alle wussten,
dass er so niemals verabschiedet werden kann.

Das neue Gesetz, das sogenannte Stärkungspaktgesetz
des Landes Nordrhein-Westfalen,
stand im Raum, mit der strengen Auflage, einen genehmigungsfähigen
Haushaltssanierungsplan aufzustellen,
der die Stadt Dorsten in die Lage versetzt,
bis zum Jahre 2021 einen sanierten Haushalt vorlegen zu können.

Damals war uns allen klar,
dass uns eine erhebliche Last auf die Schultern gelegt wurde,
die wir nur mit Mühe tragen würden können.

Schon damals haben unser Kämmerer, Herr Große-Ruiken und ich für das, was wir
eingebracht haben, Kritik geerntet.
Bürger haben sich gemeldet, E-Mails wurden geschrieben
und es gab so manche spannende Diskussion mit Bürgerinnen
und Bürgern.

Wir hatten einen Haushaltsabend hier im Ratssaal der Stadt Dorsten,
gut besucht - bei dem wir die Chance hatten, vor nachdenklichen Bürgern
den Haushalt vorzustellen
und auch die Eckdaten des Stärkungspaktgesetzes zu erläutern.

Ich hatte viele Veranstaltungen und Termine,
um den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, dass es so,
wie wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewohnt waren, nicht weitergehen kann.

Die Brisanz und die Dramatik der Finanzlage ist in den letzten Wochen seit Einbringung dieses Haushaltes vielen Menschen in unserer Stadt bewusst geworden.

Eine Verschuldungsspirale sondergleichen, 188 Millionen Kassenkredite allein bei der Stadt Dorsten. Wenn wir den Bedarf bei ungebremster Entwicklung in das Jahr 2021 mit weiteren 132 Millionen hochrechnen, dann sind wir am Ende des Konsolidierungszeitraumes bei insgesamt 320 Millionen Kassenkrediten angekommen.

Eine ungeheuerliche Summe, die das gesamte Kassenkreditvolumen des Landes, das möglicherweise dann bei 50 Milliarden € angekommen sein wird, noch nicht einblendet. Damals habe ich in meiner Haushaltsrede darum geworben, dass wir alle – Sie in den Fraktionen des Rates, die Verwaltung der Stadt Dorsten und ich als Bürgermeister - den Menschen bittere Wahrheiten sagen müssen.

Dennoch war es - nach wie vor – richtig, den Landtagswahlkampf mit diesen Wahrheiten nicht belastet haben.

Ich habe seinerzeit von einer notwendigen Wende zum Weniger gesprochen, ich habe von meiner und unserer gemeinsamen Verantwortung gesprochen und ich habe davon gesprochen, dass wir alle gemeinsam gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdig sein müssen! Wir sollten uns besonders in den nächsten Wochen daran erinnern, dass Glaubwürdigkeit eine äußerst knappe Ressource ist in der politischen Welt der heutigen Zeit.

Ich habe angekündigt, dass wir uns an die Arbeit machen, das Stärkungspaktgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen umzusetzen mit dem Ziel, endlich wieder kommunale Handlungsspielräume eröffnen zu können.

Ich habe angekündigt, dass wir Empörung ernten werden für unbequeme Maßnahmen.

Ich habe damals Frank-Walter Steinmeier zitiert, der einmal gesagt hat: *„Empörung der Bürgerinnen und Bürger ist noch keine Kategorie, nach der ich über die Richtigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse befinden kann.“*

Ja, meine Damen und Herren, die Empörung der Bürgerinnen und Bürger und die Richtigkeit politischer Entscheidungen gehen halt manchmal weit auseinander. Das haben wir alle in den letzten Monaten erlebt.

In den permanenten Sparrunden der letzten Wochen habe ich mir häufig die Frage gestellt:

Wollen wir es im Ernst gemeinsam versuchen, über ein groß angelegtes Maßnahmenpaket die Handlungsfähigkeit unserer Stadt wieder herzustellen?

Wollen wir daran mitarbeiten oder wollen wir uns verweigern?

Sind wir bereit, die Ärmel aufzukrempeln und ohne Denkverbote Udenkbares zu denken?

Sind wir bereit, in unserer Stadt eine Wende zum Weniger einzuleiten?

Ich sage JA. Es ist der Mühe wert, in dieser Stadt wieder Spielräume zu haben.

Sofort nach der Einbringung des Haushaltes haben wir uns in der Verwaltung an die Arbeit gemacht.

Zunächst die Verfügung, 3 % einzusparen in allen Etats, in allen Bereichen, in allen Fachämtern.

Dies ist bei vielen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung auf Unverständnis gestoßen.

„Wir haben in den letzten Jahren in unseren Zuständigkeitsbereichen alle Ecken ausgekehrt, der Lappen ist ausgewrungen, die Zitrone ist ausgequetscht, viel geht nicht mehr.“

So viele der Reaktionen aus unserem Haus.

Bereits diese 3 % haben zu vielen Diskussionen geführt.

Eine davon über die „nette Toilette“.

Ich erinnere mich an Diskussionen darüber, z.B. im Kulturausschuss.

Dann haben wir einen Kraftakt gewagt.

Alle nur denkbaren Etatpositionen sind überprüft worden, alles ist in Frage gestellt worden.

Über 210 Maßnahmen im sogenannten Maßnahmenpaket A stellen wir Ihnen heute vor.

Und über 60 Maßnahmen im sogenannten Maßnahmenpaket B ebenfalls.

Über 260 Positionen also, deren Überprüfung, deren Reduzierung, deren Streichung ein Konsolidierungspotential von ca. 15-16 Millionen Euro bringen könnte.

Dieses Paket zu schnüren, hat für uns in der Tat einen enormen Kraftakt bedeutet.

Die Kolleginnen und Kollegen haben Überstunden gemacht, Samstagsarbeit, Sonntagsarbeit waren an der Tagesordnung.

Ich selbst habe viele harte Gespräche führen müssen
mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
die motiviert an der Arbeit sind.

Die aber nicht akzeptieren können, dass das Wenige,
was sie jetzt zur Verfügung haben,
noch weiter zusammengestrichen werden muss.
Das hat uns alle viel Kraft gekostet – auch mich.

Viele haben mittlerweile in unserem Haus ein Motivationsproblem.
Immer weniger Gestaltungsmöglichkeiten, immer mehr Arbeit,
immer weniger persönliche Berufsperspektiven.
Dennoch, und dafür bin ich sehr dankbar,
gibt es ein klares Signal aus unserer Verwaltung.

Wir alle, die Kolleginnen und Kollegen und ich,
wir wollen mit diesem Paket,
das wir Ihnen heute auf den Tisch legen,
die kommunale Handlungsfähigkeit wieder ermöglichen,
damit es weiterhin in unserer Stadt lebenswert zugehen kann.

Die Verwaltung steht hinter dem Paket,
das Sie heute auf dem Tisch haben.
Jetzt beginnt die Stunde der Politik,
jetzt beginnt die Stunde der Verantwortung,
die Sie, meine Damen und Herren und ich
als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger
übernommen haben.

Dieses Buch, das Sie vor sich liegen haben,
ist kein Buch mit sieben Siegeln,
aber es ist kompliziert,
es ist in Teilen schwer verständlich,
aber es ist eine klare Aussage darin enthalten:

Wir können es schaffen, wenn wir es wirklich wollen!

Der Kämmerer wird gleich in seiner Darstellung einige Eckpunkte und Herausforderungen
in besonderer Weise darstellen.

Ich nenne nur einige:

1. das Risiko der Steigerung der Zinsen könnte in den nächsten
10 Jahren zur Verdreifachung des Schuldendienstes führen.

Deshalb die Konsequenz für unser Handeln:

wir müssen runter mit der Zinslast,
wir müssen runter mit den Kassenkrediten.

2. Die Kreditklemme droht.

Auch beschwichtigende Hinweise von Banken
können uns nicht in Sicherheit wiegen.

Basel 3 wird, bezogen auf die Kreditfähigkeit der Städte
und insbesondere auch unserer Stadt, deutliche Auswirkungen haben.

Allein schon mit diesen beiden Hinweisen wird deutlich,
dass wir handeln müssen.
Handeln müssen, um aus der Schuldenstadt Dorsten herauszukommen
wieder in eine Handlungsstadt Dorsten zu kommen.

Wir haben kein Erkenntnisproblem.
Ob wir ein Umsetzungsproblem haben,
wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

Ich habe lange überlegt, ob ich Ihnen heute
einen konkreten Umsetzungsvorschlag machen soll.
Es hätte die Möglichkeit gegeben, Ihnen dieses Buch auf den Tisch zu legen
und Sie zu bitten, eigene Vorschläge zu machen.

Ich hätte Ihnen die gesamte Liste der Grausamkeiten
hier präsentieren können, damit Ihnen schon heute klar wird,
was auf uns zukommt.
Es hätte die Möglichkeit gegeben, Ihnen die einzelnen Maßnahmen
aus dem **A-** und dem **B-Paket** vorzustellen mit der Bitte,
sich mit jeder einzelnen Maßnahme zu beschäftigen.

Ich will nur einige Andeutungen machen,

z.B. aus dem **A-Paket**: - das ist das Paket, das wir für umsetzbar halten,
ohne die Strukturen in unserer Stadt zu zerschlagen:

- Reduzierung der Ratsmandate um 6 Sitze im Rat
- Zusammenlegung der Ausländerbehörden
- Beendigung des Schüler-Spezial-Verkehrs
- Anhebung der OGS-Beiträge für Eltern
- Deckelung des Zuschusses für das Bad Wulfen
- Erhöhung der Elternbeiträge
- Deutliche Reduzierung im Sportbereich
- Reduzierung der Stadtreinigung
- Reduzierung Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden

oder aus der **B-Paket** – das ist das Paket, das wir alle nicht wollen,
weil es die wichtigsten Einrichtungen unserer städtischen Infrastruktur zerschlägt:

- es reicht vom
- Wegfall der Mittagsverpflegung über die
- Streichung des Zuschusses OGS bis zur
- Schließung der Musikschule,
- des Familienbüros und des
- Treffpunkt Altstadt .

Ich meine, wir könnten uns,
wenn wir uns unserer Verantwortung bewusst sind,
sehr schnell auf ein Modell einigen,
welches der Kämmerer Ihnen gleich ausführlich
anhand von Fakten und Zahlen vorstellen wird.

Zunächst schlage ich Ihnen eine vor,
die ca. 210 Maßnahmen zur Haushaltssanierung,
die wir in dem A-Paket näher beschrieben haben,
möglichst so und unverändert zu beschließen.

Natürlich müssen Sie sich mit diesen Maßnahmen beschäftigen.
Aber eine Realisierung dieses A-Paketes
ist wesentliche Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit
des Haushaltssanierungsplanes.
Hierdurch müssen nämlich dauerhafte Entlastungen
von ca. 9,6 Millionen Euro realisiert werden.

Allein dadurch können, mit Blick auf das Jahr 2021,
Zinsersparnisse von 2,1 Millionen ermöglicht werden
und die Haushaltsentlastung dadurch auf 11,7 Millionen festgeschrieben werden.

Die Verabschiedung dieses Maßnahmenpaketes
ist also dringende Voraussetzung
für die Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes.

Als zweites schlage ich Ihnen eine – aus meiner Sicht –
maßvolle Steuererhöhung der Grundsteuer B, der Grundsteuer A
und der Gewerbesteuer vor.

Ich schlage Ihnen vor, die Grundsteuer B
noch in diesem Jahr von 500 % auf 600 % zu erhöhen.
Ich schlage Ihnen weiterhin vor, zu Beginn des Jahres 2013
die Grundsteuer B auf 825 Punkte zu erhöhen.
Das ist der Prozentsatz, den die Stadt Selm
bereits politisch beschlossen hat
und der der Stadt Selm bei der Sanierungsplanung
erheblich weitergeholfen hat.

Ich bin mir im Klaren darüber,
dass diese Grundsteuererhöhung jeden Bürger und jeden,
der eine Gewerbeimmobilie betreibt, treffen wird.
Die Auswirkung dieser Grundsteuererhöhung für jeden Einzelnen
wird Herr Große-Ruiken gleich noch genauer darstellen.

Ich bin auch der Meinung, dass wir in 2013
die Grundsteuer A auf 600 Punkte anheben sollten.

Ich denke, wir sind uns alle einig,
dass wir bei der Gewerbesteuer sehr vorsichtig sein müssen,
um die Wirtschaft in Dorsten nicht allzu sehr zu belasten.

Ich halte es dennoch für eine Frage der Gerechtigkeit,
auch Gewerbebetriebe an der Sanierung unseres städtischen Haushaltes
und an der Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit
zu beteiligen.

Deswegen schlage ich Ihnen vor, die Gewerbesteuer im Jahre 2013 auf 500 Prozentpunkte zu erhöhen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesen Maßnahmen das erste Teilziel 2016 erreichen können.

Klar ist allerdings auch, dass wir mit diesen Maßnahmen

das Ziel 2021 nicht erreichen werden können.

Deswegen schlage ich Ihnen vor, bereits jetzt die weitere Erhöhung der Steuersätze über 825 Punkte hinaus mit diesem Haushaltssanierungsplan fiktiv und unter Vorbehalt zu beschließen.

Ich lege großen Wert darauf, dass dieser Beschluss unter einem deutlichen Vorbehalt der Fortschreibung stehen muss.

In dem Rahmen der jährlichen Fortschreibung sind alle Anstrengungen zu übernehmen, die genannten Steuersätze zu halten.

Ich gehe auch deutlich davon aus, dass der Bund endlich seiner Verantwortung gegenüber der Kommunen gerecht werden muss – im Jahre 2013 sind Bundestagswahlen.

Ich gehe weiter davon aus, dass das Land mit seiner neuen Landesregierung die Konsolidierungshilfe erhöhen wird.

3,1 Millionen Euro für die Stadt Dorsten sind deutlich zu wenig.

Ich gehe davon aus, dass das Urteil des Verfassungsgerichtes zu der Abrechnung der Einheitslasten deutliche Entlastungen für den Haushalt der Stadt Dorsten bringt

und ich gehe davon aus, dass wir den Druck auf die Umlageverbände erhöhen werden, um messbare Sparbeiträge zur Sanierung der kommunalen Haushalte zu erzielen.

Erst wenn all diese Aspekte nicht zum Erfolg führen, werden weitere Steuererhöhungen nach 2015 folgen, dann müssen die im B-Paket dargestellten Maßnahmen umgesetzt werden, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplanes sicherzustellen.

Wir haben auf der Seite 35 in unseren Sanierungsplan diesen Lösungsansatz noch einmal in einer kurzen Zusammenfassung formuliert und das Ziel beschrieben.

Wenn wir uns einig sind, ein solches Maßnahmenpaket zu verabschieden, dann dürfte dieser, Ihnen nun vorgelegte Haushaltssanierungsplan, mit Blick auf das Jahr 2021 genehmigungsfähig sein.

Damit könnten zumindest weite Teile der Handlungsfähigkeit der Stadt in den nächsten Jahren wieder hergestellt werden. Aber auch dann wird es keine politischen Wunschkonzerte mehr geben können.

Es könnte allerdings auch bitter werden:

- sollte nämlich die Erkenntnis reifen, dass wir diesen breiten Konsens in unserer Stadt nicht herstellen können,
- sollten wir NEIN sagen
- sollte es so sein, dass der Bund, das Land und die Umlageverbände ihrer Verantwortung nicht gerecht werden,
- sollte es so sein, dass wir nicht bereit sind, die skizzierten Maßnahmen sehr konkret und mit aller Konsequenz umzusetzen, dann wird die Konsequenz darin bestehen, sehr kurzfristig das Maßnahmenpaket B umzusetzen, in dem die Maßnahmen beschrieben werden, die wir eigentlich alle nicht wollen.

Dann gibt es keine Bücherei mehr,
dann gibt es keine Musikschule mehr,
dann gibt es weit über 60 Maßnahmen
im freiwilligen Bereich nicht mehr.
Dann sind wir bei Null angekommen.

Meine Damen und Herren,

zu Beginn habe ich an meine Rede vom 25. Januar erinnert.
Ich habe darin über eine Wende zum Weniger geredet.
Ich bin fest davon überzeugt, dass eine reiche Gesellschaft
wie die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland
und auch die Bürgergesellschaft Dorsten damit leben kann,
dass es Perspektiven der Selbstbeschränkung geben muss.

Ich glaube fest daran,
dass aus WENIGER MEHR werden kann:
Wir müssen den Menschen vermitteln,
dass sie auch mit Selbstbeschränkungen,
mit höherer Bürgerbeteiligung und mehr Bürgerverantwortung
in dieser unserer Stadt Dorsten gut leben können

Ich will schließen mit einigen Sätzen, die ich auch an das Ende
meiner Haushaltsrede vom Januar gestellt habe:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

*ich hoffe sehr, dass wir alle,
die wir in unserer Stadt Verantwortung übernommen haben,
dass wir, die wir gemeinsam in den letzten Jahren
viel Verantwortung getragen haben
im Sinne einer guten Entwicklung unserer Stadt,
nicht die Verlierer sind, wenn es darum geht, daran mitzuwirken,
die Handlungsfähigkeit unserer Stadt wieder zu gewinnen.*

Ich hoffe, dass wir alle unsere Verantwortung sehen und sie auch in den kommenden Wochen wahrnehmen.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen gute Beratungen mit einem guten Ende für unsere Stadt.

Meine Damen und Herren,

wir in der Verwaltung begeben uns mit Ihnen in den nächsten sechs Wochen auf einen schweren Weg.

Wir bieten Ihnen jegliche Unterstützung bei Ihren Beratungen an

Ich hoffe auf eine gute Entscheidung am 27. Juni für unsere Stadt.